

Thiele, Silke

Working Paper

Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen

FE Working Paper, No. 0007

Provided in Cooperation with:

Christian-Albrechts-University of Kiel, Department of Food Economics and Consumption Studies

Suggested Citation: Thiele, Silke (2000) : Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen, FE Working Paper, No. 0007, Kiel University, Department of Food Economics and Consumption Studies, Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/23581>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen

Silke Thiele

Working Paper EWP 0007
Department of Food Economics
and Consumption Studies
University of Kiel
December 2000

The FE-Working Papers are edited by the Department of Food Economics and Consumption Studies at the University of Kiel. The responsibility for the content lies solely with the author(s). Comments and critique are highly appreciated.

Address:

Department of Food Economics and Consumption Studies,
University of Kiel, Olshausenstr. 40, D-24118 Kiel, Germany.
Phone: +49/431 880 4425, Fax.: +49/431 880 7308,
e-mail: rstaehler@food-econ.uni-kiel.de
<http://www.uni-kiel.de/foodecon/ern-wirt.htm>

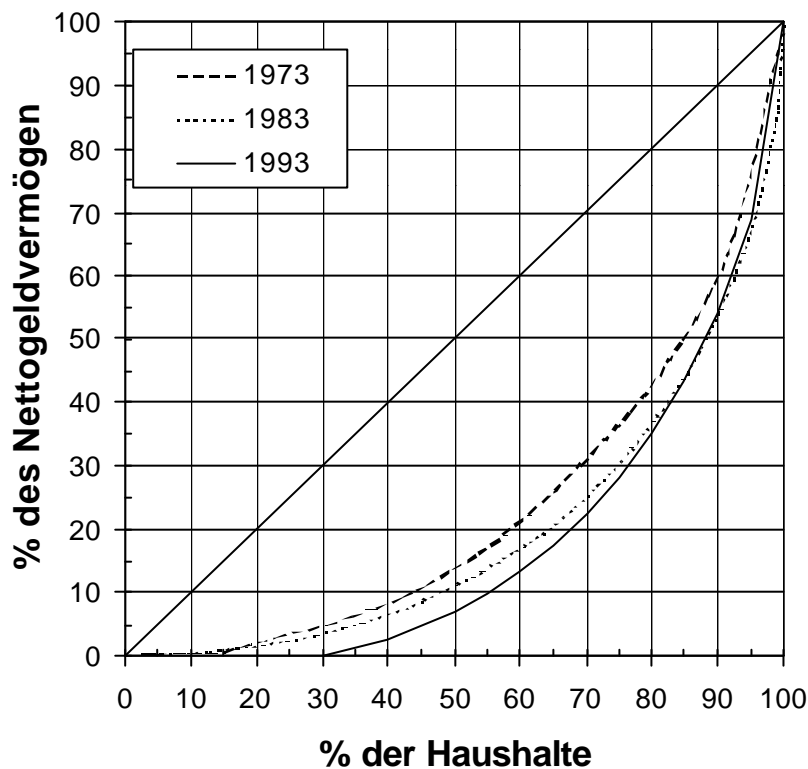
Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen

Silke Thiele, Universität Kiel

1 Problemstellung

In der Vergangenheit hat die Ungleichverteilung des Vermögens bundesdeutscher Haushalte kontinuierlich zugenommen. Dies verdeutlichen beispielhaft die in der Abbildung 1 dargestellten Lorenzkurven des Geldvermögens.

Abb. 1: Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte 1973, 1983 und 1993



Quelle: Euler, M.: Geldvermögen privater Haushalte 1983. In *Wirtschaft und Statistik*, 5/1985, S.418 und eigene Ergänzungen anhand EVS 1993.

Abgebildet ist die Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte 1973, 1983 und 1993. Die Kurven stellen dar, wieviel Prozent der Haushalte über wieviel Prozent des Geldvermögens verfügen. Die zunehmende Entfernung der Kurven von der Gleichverteilungslinie zeigt, daß die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland im betrachteten 20-Jahres Zeitraum ungleicher geworden ist.

Die staatliche Vermögenspolitik versucht dieser steigenden Ungleichverteilung des Vermögens entgegenzuwirken. Die Bestrebungen ergeben sich vor allem daraus, daß (1) individuelles Eigentum eine wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge darstellt, (2) Privateigentum als tragende Säule der Marktwirtschaft gilt, (3) die breite Streuung des Vermögensbesitzes der Natur

unserer Wirtschafts- und Sozialordnung entspricht und (4) die private (Alters-) Vorsorge zunehmend an Bedeutung gewinnt.¹

Der Staat ergreift daher eine Reihe von Maßnahmen, um die Ungleichverteilung des Vermögens zu reduzieren. Neben der Förderung des Wohneigentums und des Sparens im allgemeinen fördert der Staat die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Mit Letzterem sollen über die Erhöhung der Verteilungsgerechtigkeit hinaus weitere Ziele erreicht werden: (1) Verstärkung des Verständnisses der Arbeitnehmer für marktwirtschaftliche Zusammenhänge bzw. für die wirtschaftlichen Belange des arbeitgebenden Unternehmens, (2) Entlastung der Tarifpolitik und Verlangsamung des Tariflohnanstiegs, (3) Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, (4) Senkung des Kostenniveaus der Unternehmen, (5) Verstärkung der Eigenkapitalbasis und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.²

Eine gegenwärtig durchgeführte staatliche Maßnahme, bei der u.a. die Produktivvermögensbildung gefördert wird, ist die Sparprämie im Rahmen der Arbeitnehmersparzulage. Legt ein Haushalt sein Vermögen in Form von Unternehmensbeteiligungen an, wird ihm eine Sparprämie gewährt. Vor dem Hintergrund verteilungspolitischer Ziele ist diese Maßnahme nur dann als positiv zu werten, wenn sie auch tatsächlich von den Haushalten in Anspruch genommen wird, die ein geringes Vermögen und damit verbunden zumeist auch ein geringes Produktivvermögen aufweisen. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Vermögen und Einkommen wurden Einkommensgrenzen eingeführt, d.h. wenn ein Haushalt ein bestimmtes Einkommen überschreitet, kommt er nicht mehr in den Genuß der Maßnahme.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur gibt es kontroverse Auffassungen über die Chancen der freiwilligen Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Fraglich ist, ob eine Maßnahme wie z.B. die Gewährung einer Sparprämie bei Anlage des Vermögens in Form von Produktivvermögen die Chancen zur Arbeitnehmerbeteiligung tatsächlich erhöht. Um das beurteilen zu können, sind empirische Untersuchungen erforderlich, die über die Präferenzen verschiedener Haushaltsgruppen zur Bildung von Produktivvermögen Auskunft geben. Sind sie gerade bei den Haushalten, die durch diese Maßnahme erreicht werden sollen, gering, wird auch eine Sparprämie die Haushalte nicht oder nur in geringem Maße zur Anlage von Produktivvermögen bewegen können. Bisher ist jedoch über die Präferenzen verschiedener Haushaltsgruppen zur Bildung von Produktivvermögen wenig bekannt. Erste Ableitungen hierzu können Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, die über den Besitz von Wertpapieren (u.a. Aktien) in Haushalten verschiedener sozio-ökonomischer Gruppen Auskunft geben.³ Diese Ergebnisse sind

¹ BARTHEL, A.: Beteiligung am Produktivvermögen und Investivlohn – Vernachlässigte Konzepte? In: Politische Studien, Heft 352, 48. Jgg., 3/4 1997, S.58.

² BARTHEL, A.: Beteiligung am Produktivvermögen und Investivlohn – Vernachlässigte Konzepte? In: Politische Studien, Heft 352, 48. Jgg., 3/4 1997, S.59.

³ EULER, M.: Das Wertpapiervermögen privater Haushalte in Ost- und Westdeutschland. In: Sparkasse 12/1995, 112. Jgg., S.545-553; EULER M: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988. In: Wirtschaft und Statistik 6/1991, S.410-415; EULER, M.: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1983. In: Wirtschaft und Statistik 8/1985, S.672-680.

jedoch wenig differenziert, denn sie beschränken sich auf Mittelwertberechnungen für einzelne Haushaltsgruppen. Da aber insbesondere das Produktivvermögen innerhalb der Haushaltsgruppen sehr breit gestreut ist und viele Haushalte nicht im Besitz dieser Vermögensart sind, haben diese Mittelwerte nur eine sehr begrenzte Aussagekraft im Hinblick auf die Präferenzen aller Haushaltsgruppen zur Bildung von Produktivvermögen.

In dem vorliegenden Beitrag wird dieser Problematik Rechnung getragen, indem eine ökonometrische Analyse durchgeführt wird, in der eine Differenzierung nach mehreren Bestimmungsgründen gleichzeitig erfolgt und in der explizit die Haushalte ohne Produktivvermögen in die Analyse einbezogen werden. Es können damit Haushaltsgruppen identifiziert werden, die systematisch geringe bzw. hohe Präferenzen für die Produktivvermögensbildung aufweisen. Hieraus sollen Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen sowie Hinweise zur Ausgestaltung vermögenspolitischer Maßnahmen abgeleitet werden.

2 Methodische Vorgehensweise

Die Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen werden im folgenden auf Basis des Aktienbesitzes verschiedener Haushaltsgruppen untersucht. Hieraus sollen Schlüsse zu gegenwärtig bestehenden freiwilligen Anreizen der Beteiligung am Produktivvermögen abgeleitet werden. Darüber hinaus kann ermittelt werden, wie hoch staatliche Anreize sein müßten, um bestimmte Haushalte zur Produktivvermögensbildung zu veranlassen.

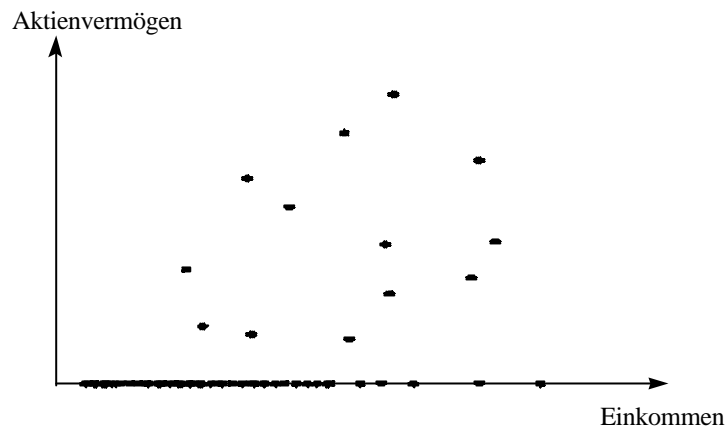
Daten

Insgesamt wurden die Daten von ca. 40.000 west- und ostdeutschen Haushalten ausgewertet. Diese Haushalte, welche im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1993 erfaßt wurden, repräsentieren rd. 98 % der bundesdeutschen Haushalte. Lediglich rd. 2 % der Haushalte der Bundesrepublik werden durch das Datenmaterial nicht abgebildet. Hierzu gehören u.a. Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 35.000 DM überschreitet. Obwohl es wünschenswert wäre, auch diese Haushaltsgruppe in die Analyse einzubeziehen, ist diese jedoch nicht vorrangig interessant, da bei diesen Haushalten bereits von einer relativ hohen Beteiligung am Produktivvermögensbildung auszugehen ist.

Ökonometrisches Verfahren

Das ökonometrische Verfahren, welches den im folgenden vorzustellenden Ergebnissen zugrundeliegt, ist die Tobit-Analyse. Dieses Verfahren ist notwendig, weil ein sehr großer Anteil der Haushalte, sprich 88 vH, nicht im Besitz von Aktien ist, also sogenannte Nullbeobachtungen aufweist. Lediglich 12 vH der Haushalte weisen positive Aktienvermögensbestände auf. Wird das Aktienvermögen vereinfachend lediglich in Abhängigkeit des Einkommens in einem Diagramm abgetragen, zeigt sich schematisch das in Abbildung 2 dargestellte Bild.

Abb. 2: Aktienvermögen in Abhängigkeit des Einkommens



Quelle: eigene Darstellung

Ersichtlich wird die Konzentration von Nullbeobachtungen insbesondere im unteren Einkommensbereich. In den oberen Einkommensbereichen zeigt sich eine zunehmende Akzeptanz von Aktien, welche dadurch zum Ausdruck kommt, daß weniger Nullbeobachtungen vorliegen und höhere Aktienwerte gehalten werden.

Während sich bei den positiven Aktienbeständen die Akzeptanz von Aktien direkt in der Höhe ablesen läßt, kann bei den Nullbeobachtungen, also bei 88 vH der Haushalte nicht unterschieden werden, ob die Akzeptanz, Aktienvermögen zu bilden, nahe Null liegt, so daß die Haushalte möglicherweise kurz davor stehen, Aktien zu erwerben oder weit unterhalb von Null, also nicht im entferntesten an einen Aktienerwerb denken.

Würde anhand dieser Daten inklusive der Nullbeobachtungen eine gewöhnliche Regressionsanalyse, also Kleinst-Quadrate-Schätzung, vorgenommen werden, würden alle Nullbeobachtungen, obwohl hinter ihnen vermutlich ganz unterschiedliche Neigungen der Aktienvermögensbildung stecken, gleich behandelt werden. Daraus würde eine Verzerrung der Regressionsgerade resultieren. Auch ein Ausschluß der Nullbeobachtungen ist keine Lösung des Problems, denn dann ließen sich nur Aussagen für die 12 vH der Haushalte ableiten, die Aktien halten.

Da eine übliche Regressionsschätzung sowohl unter Einbezug als auch unter Vernachlässigung der Nullbeobachtungen nur mit Einschränkungen zu gebrauchen ist, sind für die Analyse des Aktienvermögens andere Schätzverfahren anzuwenden. Im vorliegenden Fall bietet sich eine Tobit-Schätzung an. Diese erklärt simultan einerseits die Wahrscheinlichkeit für einzelne Haushaltsgruppen, Aktienvermögen zu bilden andererseits die Höhe des Aktienvermögens.

Einflußfaktoren auf die Aktienvermögensbildung

Abgeleitet aus theoretischen Vorüberlegungen werden in die Analyse solche Haushaltsmerkmale einbezogen, die einen Einfluß auf die Neigung zur Aktienvermögensbildung erwarten lassen:

Da die Bildung von Aktien eine spezifische Form des Sparens darstellt, können die Determinanten des Sparens auch als gültig für die Aktienvermögensbildung angesehen werden. Hierzu zählen das

Einkommen und der Konsum. Insbesondere der Konsum wird wesentlich durch die Kinderzahl im Haushalt beeinflusst. Auch ist zu berücksichtigen, daß das Konsumniveau und die Konsumstruktur in den Haushalten der neuen Bundesländer von denen der alten Bundesländer abweichen kann, so daß auch hier von einem Einfluß auszugehen ist. Da nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen selbst die Sparfähigkeit beeinflusst, wird es ebenfalls einbezogen. Aufgrund der Stufen der Vermögensbildung, welche besagen, daß zunächst Vermögensarten höherer Liquidität und Sicherheit gehalten werden und erst bei höherem Vermögen auch risikoreichere Arten höherer Rentabilität an Bedeutung gewinnen, wird auch die Struktur des Geldvermögens die Aktienvermögensbildung determinieren. Diese wird durch die Anzahl der Geldvermögensarten des Haushalts ausgedrückt und stellt damit eine Proxivariable für das Portfolioverhalten dar. Nicht zuletzt wird berücksichtigt, daß das Sparen in Form von Aktien vermutlich mit einer höheren Ausbildung einhergeht, denn die Aktienhaltung verlangt vergleichsweise umfangreiche Kenntnisse und Informationen. Aus diesem Grund wird auch das Bildungsniveau in die Analyse einbezogen. Zusammengefaßt werden folgende Haushaltsmerkmale in der Analyse berücksichtigt:

1. Einkommen (verfügbares Jahreseinkommen)
2. Nettogesamtvermögen (Grund- und Geldvermögen abzüglich aller Schulden)
3. Kinderzahl (0 bis 5 Kinder)
4. Anzahl Geldvermögensarten (0 bis 14 Geldvermögensarten)
5. Soziale Stellung (Selbständige, Arbeitnehmer, Nichterwerbstätige)
6. Bildungsniveau (drei Bildungsstufen)
7. Bundesgebiet (altes und neues Bundesgebiet)

Von diesen Variablen werden die ersten vier als metrische Variablen einbezogen. Die soziale Stellung, das Bildungsniveau und das Bundesgebiet werden in Form von Dummy-Variablen in der Gleichung berücksichtigt. Jede Merkmalsausprägung (z.B. bei der sozialen Stellung Selbständige, Arbeitnehmer und Nichterwerbstätige) wird durch eine Dummy-Variable abgebildet. Zur Vermeidung vollständiger Multikollinearität wird bei jedem der drei qualitativen Merkmale jeweils eine Ausprägung aus der Schätzgleichung herausgelassen. Ein Haushalt, der diese Ausprägungen aufweist (hier: Angestellter, mittleres Bildungsniveau, alte Bundesländer), fungiert als Referenzhaushalt. Ziel der Analyse ist es nun, die Abweichung des Aktienvermögens von z.B. Haushalten mit höherem Bildungsniveau zu diesem Referenzhaushalt zu ermitteln.

3 Darstellung der Ergebnisse

In der folgenden Tabelle ist die Bedeutung des Einflusses der einbezogenen Variablen auf das Aktienvermögen aufgezeigt.

Tab. 1: Die Bedeutung einzelner Variablen auf das Aktienvermögen privater Haushalte

	Standardisierte Regressionskoeff.	Bedeutung
Einkommen	0,80 **	1
Nettogesamtvermögen	0,32 **	4

Kinderzahl	-0,29 **	5
Anzahl Geldvermögensarten	0,59 **	2
Selbständigkeit	0,18 **	7
Nichterwerbstätigkeit	0,11 **	8
Geringes Bildungsniveau	-0,27 **	6
hohes Bildungsniveau	0,06 *	9
Neue Bundesländer	-0,54 **	3

Die mit Sternchen gekennzeichneten Werte sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 1 vH (**)
bzw. höchstens 5 vH (*) von Null verschieden

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, eigene Berechnungen

Abgebildet sind die aus der Schätzung abgeleiteten standardisierten Regressionskoeffizienten. Anhand dieser Koeffizienten läßt sich die Bedeutung der in die Schätzung einbezogenen Variablen in einer Reihenfolge ablesen. Die aufgeführten Sternchen zeigen, daß alle einbezogenen Variablen die Höhe des Aktienvermögens signifikant, also statistisch abgesichert beeinflussen.

Deutlich wird, daß im Vergleich der Variablen das Einkommen mit einem Faktor von 0,8 den entscheidendsten Einfluß auf das Aktienvermögen der Haushalte hat. Den zweitwichtigsten Einfluß stellt interessanterweise nicht die Höhe des Nettogesamtvermögens dar, sondern die Anzahl der verschiedenen Geldvermögensarten, welche Auskunft über die Portfoliostruktur der Haushalte gibt. Es ist also nicht unbedingt so, daß nur die vermögendsten Haushalte im Besitz von Aktien sind, sondern insbesondere die Haushalte verfügen über Aktien, die unter Umständen auch bei einem geringerem Vermögen bereits mehrere Vermögensarten haben wie Sparkonten, Lebensversicherungen und Bausparverträge. An dritter Stelle steht mit $-0,54$ der Einflußfaktor "Neue Bundesländer". Dieser Faktor wirkt im Vergleich zu den beiden vorhergenannten negativ, d.h. kommt ein Haushalt aus den neuen Bundesländern, wird er unter sonst gleichen Bedingungen im Mittel ein geringeres Aktienvermögen aufweisen als ein Haushalt der alten Bundesländer. Der Erklärungsgrund dafür kann sein, daß Haushalte der Neuen Bundesländer 1993 eine stärkere Konsumneigung hatten als Haushalte der alten Länder. Diese steht in engem Zusammenhang mit liquiden Vermögensarten. An vierter Stelle folgt dann das Nettogesamtvermögen und an fünfter Stelle die Kinderzahl, die ebenfalls einen negativen Effekt aufweist, d.h. bei steigender Kinderzahl ist im Mittel mit einem geringeren Aktienvermögen zu rechnen. Aus diesen Ergebnissen läßt sich bereits folgern, daß Beteiligungsmodelle, welche die genannten Faktoren nicht berücksichtigen zu einer geringen Produktivvermögensbildung führen.

Neben der hier dargestellten Reihenfolge der Bedeutung einzelner Variablen lassen sich aus der Tobit-Schätzung unter Vorgabe konkreter Variablenwerte wie einer konkreten Einkommens- und Vermögenshöhe, der Anzahl der Vermögensarten etc. weitere Ergebnisse ableiten, welche in der Tabelle 2 dargestellt sind.

Abgebildet sind "Wahrscheinlichkeiten des Besitzes von Aktienvermögen" sowie "Erwartungswerte des Aktienvermögens" für einen Referenzhaushalt mit geringem, mittlerem und hohem Einkommen und Vermögen. Der Referenzhaushalt ist ein Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern, drei

unterschiedlichen Geldvermögensarten⁴ und mittlerem Bildungsniveau. Die Werte sind getrennt nach alten und neuen Bundesländern aufgeführt.

Tab. 2: Wahrscheinlichkeit des Besitzes von Aktienvermögen sowie Erwartungswert des Aktienvermögens bei Variation der Einkommens- und Vermögenshöhe eines Referenzhaushaltes¹

<i>Wahrscheinlichkeit des Besitzes von Aktienvermögen (in %)</i>		
<i>Einkommen und Vermögen²</i>	<i>Alte Bundesländer</i>	<i>Neue Bundesländer</i>
Gering	6	3
Mittel	9	4
Hoch	13	6

<i>Erwartungswert des Aktienvermögens (in DM)</i>		
<i>Einkommen und Vermögen²</i>	<i>Alte Bundesländer</i>	<i>Neue Bundesländer</i>
Gering	2.598	938
Mittel	3.675	1.396
Hoch	5.829	2.376

- 1) Referenzhaushalt: Arbeitnehmer, 2 Kinder, 3 Geldvermögensarten, mittleres Bildungsniveau
 2) Als gering, mittel bzw. hoch werden die Grenzen zum unteren, mittleren und oberen Einkommens- bzw. Vermögensquartil eines Haushalts mit 2 Kindern definiert

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, eigene Berechnungen

Der Einfluß des Einkommens und Vermögens auf das Aktienvermögen wird deutlich erkennbar. Es seien zunächst nur die Haushalte der alten Bundesländer betrachtet. Weisen diese Haushalte ein geringes Einkommen und Vermögen auf, ist zu 6 vH mit Aktienbesitz zu rechnen. Bei hohem Einkommen und Vermögen steigt der prozentuale Anteil auf 13 vH. Die Erwartungswerte steigen um mehr als das Doppelte von 2.598 auf 5.829 DM.

Auch der Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern wird deutlich erkennbar. Während die Haushalte der alten Länder bereits bei geringem Einkommen und Vermögen zu 6 vH Aktienvermögen besitzen, erreichen Haushalte der neuen Länder erst bei hohem Einkommen und Vermögen diesen prozentualen Wert. Dabei liegen die Erwartungswerte immer noch unter denjenigen der alten Länder mit geringem Einkommen und Vermögen.

Hieraus läßt sich ableiten, daß Haushalte der neuen Bundesländer unter sonst gleichen Bedingungen ein deutlich höheres Einkommen und Vermögen haben müssen, damit sie freiwillig ähnlich hohe Aktienvermögen bilden wie Haushalte der alten Länder. Behandelt man Haushalte der alten und neuen Bundesländer gleich und zwingt beide, bereits bei geringem Einkommen und Vermögen Aktien z.B. in Form eines Investivlohnmodells zu erwerben, werden die Haushalte der neuen Länder benachteiligt, denn deren Präferenz für Aktien liegt deutlich unter derjenigen der alten Länder.

Ausgehend von einem Haushalt der alten Bundesländer mit mittlerem Einkommen und Vermögen werden im folgenden noch einmal die Variablen "Kinderzahl", "Anzahl der Geldvermögensarten"

⁴ Das ist die am häufigsten vorkommende Anzahl (EVS, 1993, eigene Berechnungen).

sowie "Bildungsniveau" variiert, um wiederum die Wahrscheinlichkeiten für den Besitz sowie den Erwartungswert des Aktienvermögens abzuleiten.

In der mittleren Spalte dieser Tabelle sind die Werte des hier zugrundeliegenden Referenzhaushalts aufgeführt. Dieser Haushalt hat ein mittleres Einkommen und Vermögen, kommt aus den alten Bundesländern, ist Arbeitnehmer mit 2 Kindern, 3 Geldvermögensarten und mittlerem Bildungsniveau. Bei diesem Referenzhaushalt wurden die in der ersten Spalte der Tabelle aufgeführten Faktoren gesenkt (Geringer) bzw. erhöht (Höher). Das erste Feld der Tabelle kennzeichnet demnach einen Haushalt der sich vom Referenzhaushalt lediglich dadurch unterscheidet, daß er nicht zwei, sondern nur noch ein Kind hat.

**Tab. 3: Aktienvermögen: Wahrscheinlichkeit des Besitzes sowie Erwartungswert
Variation verschiedener Merkmale bei einem Referenzhaushalt¹**

<i>Wahrscheinlichkeit des Besitzes von Aktienvermögen (in %)</i>			
	Geringer	Referenz- haushalt	Höher
Kinderzahl	10	9	7
Anzahl Geldvermögensarten	5	9	13
Bildungsniveau	6	9	9
<i>Erwartungswert des Aktienvermögens (in DM)</i>			
	Geringer	Referenz- haushalt	Höher
Kinderzahl	4.401	3.675	3.053
Anzahl Geldvermögensarten	2.126	3.675	6.077
Bildungsniveau	2.497	3.675	4.014

1) Referenzhaushalt: mittleres Einkommen und Vermögen, alte Bundesländer, Arbeitnehmer, 2 Kinder, 3 Geldvermögensarten, mittleres Bildungsniveau

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, eigene Berechnungen

Die Zahlen der Tabelle 3 weisen aus: beträgt die Kinderzahl nicht mehr, wie bei dem Referenzhaushalt zwei, sondern drei Kinder, sinkt die Wahrscheinlichkeit des Aktienbesitzes um zwei Prozentpunkte, der Erwartungswert des Aktienvermögens um ca. 600 DM. Dies ist nachvollziehbar, denn insbesondere Haushalte mit mehreren Kindern haben hohe Präferenzen, ihr Vermögen in Form von Haus- und Grundbesitz anzulegen.⁵ Auch diese Haushalte würden z.B. bei Investivlohnmodellen, welche Haushalte zwingen, einen Teil ihres Lohnes in Form von Aktien anzulegen, zu den benachteiligten gehören.

Ähnliche Ableitungen lassen sich für Haushalte mit geringerer Anzahl an Vermögensarten, sowie für Haushalte mit geringerem Bildungsniveau machen. Sinken diese Faktoren, sinkt die Präferenz für Aktien, d.h. auch diese Haushaltsgruppen wären, würde man Zwang in Form von Investivlohnmodellen ausüben, benachteiligt.

⁵ vgl. dazu THIELE, S.: Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluß auf die soziale Lage. Frankfurt am Main, 1998, S.152-154.

4 Schlußfolgerungen

Unter den jetzigen Rahmenbedingungen halten im Durchschnitt lediglich 12 % der Haushalte der alten bzw. 3 % der Haushalte der neuen Bundesländer Aktien, d.h. dieser Anteil an Haushalten beteiligt sich bereits freiwillig am Produktivvermögen. Um Beteiligungen in größerem Umfang zu realisieren, müßten folglich hohe Anreize geschaffen werden.

Die geringsten Präferenzen Aktien zu bilden, haben Haushalte mit geringem Einkommen, geringer Vermögensstreuung und geringem Vermögen. Die Präferenzen dieser Haushalte sind noch geringer, wenn sich der Wohnsitz in den neuen Bundesländern befindet. Gleichgültig in welcher Form eine höhere Beteiligung der Haushalte am Produktivvermögen erreicht werden soll, ob über eine Schaffung höherer Anreize zur Erhöhung einer freiwilligen Beteiligung oder ob über eine Ausübung von Zwang: wenn nicht entsprechende Differenzierungen eingeschlossen sind, besteht bei politischen Eingriffen die Gefahr, diese Haushaltsgruppen zu benachteiligen.

Aufgrund der Gefahr von Benachteiligungen vieler Haushaltsgruppen sollte jede Form der staatlichen Förderung der Beteiligung von Arbeitnehmerhaushalten am Produktivvermögen einer kritischen Kosten-Nutzen-Analyse für die Gesellschaft unterzogen werden.

Abschließend läßt sich festhalten, daß die Chancen zur Verringerung der Ungleichverteilung des Vermögens mittels Beteiligungen privater Haushalte am Produktivvermögen als gering einzustufen sind. So weisen gerade die Haushalte mit geringem Vermögen, sprich Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen sowie mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern, die geringsten Präferenzen für die Aktienvermögensbildung auf. Es bedarf schon sehr hoher Anreize, um diese Haushalte zum Aktienerwerb zu ermuntern. Dies bedeutet, daß der Staat hohe Aufwendungen zur Förderung der Beteiligung tätigen müßte. Wenn dies angesichts der staatlichen Budgetbeschränkungen nur mit geringem Mittelaufwand betrieben wird, dann ist von derartigen Maßnahmen abzuraten, da sich letztlich diejenigen Haushaltsgruppen dann am Produktivvermögen beteiligen, die ohnehin bereits höhere Anreize dazu haben.